

werden. Vermutlich wird die ganze Sache auf nicht viel mehr als auf Stipendien für unbemittelte Kinder hinauslaufen. Denn da der Massencharakter des Staates erhalten bleiben soll, wird er sich auch in der Schule durchsetzen.

Der Sieg des Zentrums ist um so größer, als die Verfassungsbemerkungen, wenn es nach den Wünschen der Demokraten geht, unter den Schutz einer Zweidrittelmehrheit gestellt werden soll, so daß ein Drittel reaktionärer Abgeordneter jederzeit in der Lage ist, Änderungen der Verfassung zu verhindern. Daß das eine unerträgliche Reaktionäre Fessel wäre, scheint weder die Demokratie noch die Rechtssozialisten besonders zu erschrecken. Sie macht aber dieses Schulkompromiß erst recht zu einer reaktionären Orgie.

Für die Rechtssozialisten gibt es keine Entschuldigung. Es ist nur die gewisse Verlegenheit, wenn der „Vorwärts“, dessen verächtliches Gesicht es geworden ist, jede politische Dummheit der rechtssozialistischen Führer um jeden Preis zu rechtfertigen und heute als unumgängliche Notwendigkeit zu proklamieren, was er tags zuvor als unannehmbar demagogisch zurückgewiesen hat, anderen Parteien die Schuld in die Schuhe zu schieben versucht. Wenn er uns nachhängen vorwirft, wir hätten die Einigkeit gestiftet und so den Sozialismus geschwächt, so nimmt das allerdings niemand ernst. Jeder Arbeiter weiß, daß der Verrat der sozialistischen Grundzüge, der im August 1914 begonnen und seitdem vollendet worden ist, jedem anständigen Sozialisten das Verbleiben in der Rechtspartei unmöglich macht.

Sicherlich ist aber auch, in diesem Fall von einer Schuld der Demokraten zu sprechen. Der „Vorwärts“ wird ihnen mit vollendeter Unverschämtheit vor, sie seien nicht radikal genug gewesen und hätten nicht für die volle Weltlichkeit der Schule gekämpft. Weil also die Demokraten einigens dem Zentrum gegenüber wollten, standen sich die Rechtssozialisten berechtigt, dem Zentrum förmlich die Dinge alles zugestehen. In Wirklichkeit beweist das nur, daß die Rechtssozialisten an Gefinnungslosigkeit und feiger Rechnungsträgererei sogar die Demokraten übertrafen. Die Ausreden des „Vorwärts“ sind so dünn wie Papier und das will viel sagen.

Der Sieg des Zentrums ist nur, wie die Rechtssozialisten, dort ihrer Kraft, sich mit der Bourgeoisie zu verbünden und gegen das Proletariat zu kämpfen, heute, trotz ihrer Revolte und trotz ihrer Ministerposten, zu Elfenbeintürmen der bürgerlichen Parteien herabgezogen sind. Eine Partei, die nur etwas Mächtigere hätte, hätte sie in diese Position bringen lassen. Wenn die Rechtssozialisten angeschlossen gäßen, aus der Revolution auszuweichen, insbesondere Zusagen gemacht werden die mit ihrem Programm unvereinbar sind, hätte das Zentrum gar nicht wagen dürfen, die Sache so weit zu treiben. Denn daß eine rein bürgerliche Regierung in Deutschland sich gegen das Proletariat nicht stellen kann und am allerwenigsten auf Grund eines reaktionären Programms, das ist jenseitig.

In einer solchen Politik hätte nur ein Minimum von Verstand und ein Minimum von Charakter geblieben. Wer beides in den rechtssozialistischen Führern abhandeln gekommen und so können sie konfrontieren in die Öffentlichkeit. Schändlicher ist noch keine Partei, auch nicht die nationalliberale, verendet!

Der Inhalt des Kompromisses.

Artikel 143, Absatz 2 enthält folgende Fassung: Ob die Schulen innerhalb der Gemeinden für alle Volksschulbesitzer (weltlich) sein sollen, entscheidet der Wille der Erziehungsberechtigten, soweit dies mit einem bestimmten Schulverhältnis zu vereinbaren ist. Das Nähere bestimmt ein Gesetz zu erlassenden Reichsgesetz. Bis zum Erlaß des Gesetzes bleibt es bei den bestehenden Verhältnissen.

Absatz 3 enthält folgende Fassung: Für den Zugang Kinder- und Jugendlicher zu den mittleren und höheren Schulen sind durch Gesetz, Landes- und Gemeindefürsorge Mittel bereit zu stellen, insbesondere Erziehungshilfen für die Eltern von Kindern, die zur

Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erklärt werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

Artikel 144 enthält folgenden Wortlaut: Private Schulen des Staates und unterstehen dem Landesgesetz. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Privatschulen in ihren Lehrplänen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückbleiben und im Falle der Erteilung von Schulgeld durch die Gemeinden auch in der Vermittlung von Schulplätzen durch die Gemeinden zugänglich gemacht werden.

Private Volksschulen sind nur zuzulassen, wenn für eine Kinderzahl von Erziehungsberechtigten, deren Wille nach Artikel 143, Absatz 2, zu berücksichtigen ist, eine öffentliche Volksschule ihres Bezirkes in der Gemeinde nicht besteht.

Private Vorschulen sind unzulässig. Artikel 145, Absatz 1 in dem „Zusatz“ eingefügt: „Arbeitslehre“. In Absatz 2 ist nach „Bürgerkunde“ eingefügt: „und Arbeitsunterricht“. Absatz 4 enthält folgenden Wortlaut: „Das Volksschulwesen einschließlich der Volkshochschule soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.“

Artikel 146. In Absatz 1 werden im Satz 1 die Worte hinzugefügt: „mit Ausnahme der Bekennnisfreien (weltlichen) Schulen.“ Absatz 2 enthält folgende Fassung: „Die Erteilung zeitlicher Unterrichts- und die Bekennnisfreie Erziehung der Erziehungsberechtigten der Willensbetätigung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsstunden, an den kirchlichen Feiern und Handlungen der Willensbetätigung der Erziehungsberechtigten.“ Absatz 3 enthält folgenden Wortlaut: „Die bestehenden theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.“

(In der bisherigen Fassung lautet die fragliche Bestimmung: Artikel 143. Das öffentliche Schulwesen ist organisch anzugehen. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensverhältnisse, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind keine Anlässe und Hürden, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.

Es und soweit bei der Bildung der Volksschule Kinder des gleichen Bekenntnisses auf Antrag der Erziehungsberechtigten vermischt werden können, bestimmt die Gesetzgebung. Für den Zugang Unbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen sind öffentliche Mittel bereitzustellen.

Artikel 144. Die Erziehung von Vorschulen ist zulässig; sie bedarf der Genehmigung des Staates. Volkshochschulen unterstehen den Landesgesetzen. Private Volksschulen sind nur zuzulassen, wenn sie in ihrem inneren Aufbau nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückbleiben.

Artikel 145. In allen Schulen ist persönliche und bürgerliche Erziehung und ständige Übung auf deutschvolkstümlicher Grundlage im Geiste der Völkerverständigung zu betreiben.

Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Unterdenkender nicht verletzt werden.

Staatsbürgerkunde ist Lehrgegenstand in den Schulen. Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung.

Volkshochschulen sollen gefördert werden.

Artikel 146. Der Religionsunterricht ist ordentlicher Lehrgegenstand der Schulen. Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in der Regel in Zusammenhang mit den Grundfächern der betreffenden Religionsgesellschaften und des Kulturbereichs des Staates erteilt.

Die Erteilung des Religionsunterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willensbetätigung der Lehrer überlassen. Wegen dem Willen der Erziehungsberechtigten darf kein Schüler am Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden.

Die theologischen Fakultäten an den Universitäten bleiben erhalten.)

Die erwartete Ausrede.

Der rechtssozialistische Parteitag in Weimar hat sich in den Kampf zwischen Wiffel und den anderen rechtssozialistischen Ministern auf die Spitze Wiffels gestellt und der jetzige Partei-

vorstehende Otto Wiffel, hat diese Stellungnahme noch untrüben. Wiffel konnte also mit Recht sagen, daß ihn seine Partei völlig im Stich gelassen hätte, sobald die rechtssozialistische Regierung ins Leben getreten wäre.

Diese Tatkraft sucht nun Herr Wiffel wegzuschreiben. Er erzählt heute, daß er und der Parteitag für Wiffel Stellung genommen hätten unter falschen Voraussetzungen. Es hätten die Pläne Wiffels nicht richtig verstanden. Jetzt aber wüßten sie, daß Herr Wiffel ein Gegner der Vollsozialisierung sei und nur für die Gewinnbeteiligung der Arbeiter eintrete. Sie aber — Herr Wiffel an der Spitze — wollten und wollen die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel und deshalb seien sie jetzt gegen Wiffel.

Da kein Zweifel an der Prinzipienfestigkeit des Herrn Wiffel ganz und gar unzulässig ist, müssen wir von dieser Erklärung Kenntnis geben, die zugleich dem tiefsten Verständnis und der Gewissenhaftigkeit, mit der der Parteitag in Weimar in einer der wichtigsten Fragen Stellung genommen hat, ein so schändliches Zeugnis ausstellt.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Weimar, 14. Juli. (W. T. N.) Ueber die Vorbereitungen für die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen führte der Abg. Stücken, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, in dem Raum der Nationalversammlung in Weimar heute in einem längeren Vortrag folgenden Ausführungen: Die deutsche Kriegsgefangenen haben bisher, abgesehen von einem kleinen Transport der im Sontagegebiete gefangenen Gefangenen, nicht zurückgekehrt. In den Händen der Franzosen befinden sich 340 000, in den Händen der Engländer 195 000 und in denen Amerikas 50 000 deutsche Kriegsgefangene. In Sibirien sind 20 000 Kriegsgefangene und 30 000 Häftlinge. Die schärfste Behandlung sei den deutschen Kriegsgefangenen von Seiten der Russen zuteil geworden. Im Weissen sind die Russen gering.

Durch die private Opferwilligkeit sind bisher 10 Millionen Mark Spenden für Kriegsgefangene eingekommen. 150 Millionen hat die Reichsregierung ausnahmsweise zur Verfügung gestellt. Jeder Gefangene soll bei der Heimkehr eine Beihilfe von 300 Mark bekommen, mit Ausnahme von denjenigen, die ein Verfahren wegen Verbrechen erlitten, also der Hochverläufer. Diese Beihilfe kann in besonders schweren Fällen bis auf 600 Mark erhöht werden, wenn die Gemeinde 150 Mark zuzuschlagen. Der Weimarer Schöffe weiter die Organisation, die bereits zum Empfang der Gefangenen in der Heimat vorberichtet ist.

Bei der Entlassung soll ferner jeder Gefangene eine Wohnsumme von 50 Mark und die Gebührende für 8 Wochen erhalten, so daß er annähernd einen Betrag von 300 Mark mitbringt. Ein Teil der Gefangenen wird aber die Schweiz einander über Holland kommen. Die Neutralität haben sich um die Fürsorge unserer Kriegsgefangenen nicht verdient gemacht. Eine ähnliche Fürsorge wie die für die Kriegsgefangenen, wird auch den deutschen Rückkehrern zuteil werden. Die Reichsregierung werde alles tun, um den Rücktransport zu beschleunigen.

Die Lage der Gefangenen in Frankreich.

Berlin, 15. Juli. (W. T. N.) Die Lage der deutschen Kriegsgefangenen bei den Arbeitskommissionen in dem früheren französischen Operationsgebiet erregt sich nach langen Bemühungen konnte durchgesetzt werden, daß Delegierte der schweizerischen Gesandtschaft in Paris die Erlaubnis erhielten, diese Kriegsgefangenen zu besuchen. Die Berichte geben jetzt ein und zeigen erfreulicherweise, daß die französische Regierung endlich durchgedrungen und den schlimmsten Missetänden gesteuert hat. Die Unterbringung hat sich sehr verbessert, die Ernährung ist nicht mehr unzureichend, über die Behandlung wird viel weniger geklagt. Selbstverständlich werden alle eingehenden Beschwerden auch weiterhin auf das nachdrücklichste verfolgt werden, jedoch können die langwierigen erschwerten mit Recht annehmen, daß die noch einlaufenden Klagen jetzt wahrscheinlich im wesentlichen überholt sind.

Wiederanbau.

Von Dr. Ing. Alfred G. L. Horn.

Das Zielsetzungswort ist die Kommission für den Wiederaufbau der zerstörten französischen Gebiete abgereicht, unter Führung des Unterstaatssekretärs Schneider vom Reichsfinanzministerium.

Es ist notwendig, die Aufmerksamkeit auf die hier begonnene Arbeit aufmerksam zu machen. Sie ist von ungeheurer praktischer und idealer Bedeutung und darf nicht von den zuständigen Behörden ohne Rücksichtnahme und Mitwirkung aller beteiligten Kreise des Volkes erledigt werden. Sonst können wir nach all den Entschuldigungen, die unsere wirtschaftliche Ruinart mit der Folgezeit, eine neue, sehr empfindliche werden.

Die Führung hat ein Jurist vom Finanzdienst, und dabei handelt es sich um Wiederaufbau. Es ist anzunehmen, daß es ein Zusammenhang hergestellt werde. Aber die Leitung konnte von dem alten Sachverständigen natürlich nicht übernommen werden. Das kann in Preußen-Deutschland nur der Jurist, wenn es schon kein General ist.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist eine der großen gemeinsamen Aufgabenstellungen der gesamten Kulturwelt. Hier wird sich sehr bald zeigen, daß kein Gemütskranke die Wälder hindern kann, Gemeindegemeinschaften zu befragen. Es ist daher eine besondere Gabe, daß hier das deutsche Volk nicht ausgeschlossen werden kann. Und das es dabei auch zur Wiedergutmachung an Kosten übernimmt, es wird für sich selbst den besten Nutzen davon haben.

Voraussetzung ist die rechte Gefinnung. Sie öffnet alle Töne und Organe, sie weckt das Willens und schafft gemeinsame Interessen. Nach oder nach dieser Sinn durchaus, und gerade deshalb sollte der Wiederaufbau recht fest von dem allgemeinen Bewußtsein erfüllt werden, weil er viele Wunden auch bei denen heilt, die hier einmal die Wunden sein dürfen.

Neben dieser hohen moralischen und völkerverständlichen, also letzten Endes sehr reinen, politischen Bedeutung ist natürlich der praktische Wert gar nicht hoch genug einzuschätzen. Amerika und England haben das längst erkannt und plangemäß ihre Hochkreise für diese Aufgabe geöffnet. Als Ersatz hierfür haben und Deutschen die jungen Erzeugnisse im Kleinwohnungs- und die 10 Jahren weit ansehnlich anwachsende Kunst und Wissenschaft des Städtebaus zu Gebote. In Deutschland selbst wird das wiedersteigende Wirtschaftswesen über Kolonialarbeiten und Ausgleichsmaßnahmen zur Bedienung der Wohnungs-

not nicht hinauskommen. Dafür bietet der Wiederaufbau im Westen ein reiches Betätigungsfeld für freiwilligen Weiskampf mit den anderen Ländern.

Nicht kann sich zeigen, ob unsere Kunst und Technik etwas von der revolutionären Erneuerung ausweisen, die im wirtschaftlichen Leben vorzüglich erwartet wurde. Dieser Geist, der sich mit allen Halbdarfen bricht, die Grundbegriffe eines wahrhaft menschlichen Wiederaufbaus erfährt, nämlich den organischen Zusammenhang mit einem gesunden Gemeinwohlens, nur dieser Geist wird zu überausenden Leistungen führen.

Es handelt sich dabei nicht nur um die zu entwerfenden Pläne und Bauentwürfe, sondern um die Organisation der Arbeit und der Arbeitskräfte. Es soll hier nichts anderes darüber gesagt, nur das allgemeine Interesse diesem Thema zugeführt werden. Denn alles, was wir drüben leisten, leisten wir für uns selbst. Alle Leistungen kommen uns zu. Die Arbeitskräfte, die bei uns vorhanden wären, Kapfen, die Handwerker, finden dort ihre Existenz, ohne dem Volk verloren zu gehen. Vielmehr entwickeln sie ihre Fähigkeiten, die für uns wieder genutzt werden. Und nicht zuletzt — ergründen durch die Friedensbedingungen — auch unsere Industrie für den Wiederaufbau Referat, wird es aber auch über das Erzeugnisse hinaus tun, wenn unsere Architekten und Ingenieure die Leitung haben, und wird zugleich durch die Einwirkung auf diese Leistungen wieder in die Lage versetzt werden, auch für unsere eigenen, dringenden nötigen Erbauungsarbeiten leistungsfähig zu sein, was sie jetzt nicht ist.

Wir haben also ein vielfaches Interesse an diesen Arbeiten, die das geistliche Denkmal des Weltkrieges ausfüllen sollen. Darum muß die Allgemeinheit, nicht nur die Hochwelt lebhaft daran Anteil nehmen, muß einen warmen Eifer betätigen, damit diese Gefinnung auch erbracht wird und auch der Geist der Verhandlungen günstig einwirkt.

Darum ist es zu betonen, daß ein Finanzjurist der Leiter der Kommission ist. Deutschlands Bauwirtschaft hat Männer von großer organisatorischer und dabei vor allem auch nicht geringer schöpferischer Begabung. Diese müssen die erste Arbeit leisten und dem Volke dafür einsehen, daß das Beste geplant wird, was uns möglich ist. Danach haben der deutsche Architekt und die verwandten Organisations der anderen technischen Berufe und neben ihnen die deutsche Bauwirtschaft hat der Verwaltung der Arbeit und der Feststellung der Bedingungen für die Arbeitskräfte an erster Stelle mitzureden. Unter gar keinem Umständen dürfen alle diese nahe Beteiligten bei den ersten Verhandlungen ausgeschlossen werden. Es ist nicht gleich im Voraus-

sonden das des Wertes, des ganzen Volkes. Und darum muß dieses auch für die richtige Lösung sich einsetzen.

Der Bildungsausschuß der U. S. P. Neustadt veranstaltet in Gemeinschaft mit der Genossenschaft sozialistischer Künstler in der Zeit vom 16. bis 21. Juli eine Ausstellungen im Sitzungssaal I des Neustädter Rathauses. Zur Ausstellung gelangen Werke von Rolf Kollwitz, Paulus, Bruno Lant, Gaelel, Wobbe, u. a. Die Ausstellung ist täglich, auch Sonntag von 10-6 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. Die Eröffnung findet am Mittwoch, den 16. Juli, vormittags 11 Uhr statt. Die ausstellenden Künstler sind bereit, Führungen zu übernehmen. Vereine, Korporationen u. a. können mit besonderem Interesse sich an den Genossen Schneider, Neustadt, Welfenstr. 64, wenden.

Zum tausendsten Male spielte gestern im Essinger Theater Guido Thieler seine Wabberley in „Charles Terzie“ und vertrieb das Publikum in jene Leidenschaft, die er seit jeder gerade mit dieser Rolle als Leiter der Essinger Theaterjugend Rom! wird noch weitere Jubiläen feiern.

Abg. Lutzmann von der Stadtoper in Dresden und Dr. Hans Winkelman von Stadttheater in Düsseldorf, beide erste Tenore, wurden für die Hauptpartie, zu der im Monat August in der Volkshalle, Theater am Bülowplatz hunderttausend Aufführung von Wilhelm Krag's „Kuhreigen“ verpflichtet.

Die Tribüne (Direktion Franz Wenzler) hat Friedrich Wehner, dessen Traubie „Der Verführer“ in Hannover in der letzten Spielzeit mit Erfolg aufgeführt wurde, als Direktor-Regisseur und Regisseur verpflichtet. Ferner wurden verpflichtet: Helen Burger, Eva Binding, Hans Kurt Wenzler, Manfred Jürg.

Auf genossenschaftlicher Grundlage gibt Hans Theodor Jock im Bezirk K. Nord Lang in München-Willing eine Folge von Wochenheften heraus: „Die Fische“. Die Fische ist, durch verhältnismäßig niedrigen Preis (20 Pf.) den Freunden neuer Kunst den Erwerb erleichterter originaler Werke zu ermöglichen. Für Arbeiter ist der Anschaffungspreis selbst noch immer zu hoch. Die erste von Georg Kaiser eingeleitete Folge enthält: 6 in der Handpresse auf Sonderzylinder gedruckte von den Künstlern handgezeichnete farbige Vögel! Zeichnungen von Georg Winkler, Social Feininger und Fritz Schöcker und Lithographien von Walter Gramer und R. Rittmann.

Eine der berühmtesten Gemälde von Reynolds, das Portrait der großen englischen Schauspielerin Mrs. Siddons, das sich bisher im Besitz des Herzogs von Westminster befand, wurde dieser Tage bei einer Versteigerung in London um Preise von 2 Millionen Mark verkauft.

Werkerschaftliches.

Die gestrigen Verhandlungen im Holzgewerbe endgültig geschlichtet.

Die schon wiederholt ergebnislos verlaufenen Verhandlungen über einen Reichsvertrag für das deutsche Holzgewerbe wurden am 9. Juli in Nürnberg wieder aufgenommen. Schon der Beginn der Verhandlungen zeigte recht deutlich, daß auf der Arbeitgeberseite keine Neigung zu spüren war, diesmal zu einem positiven Abschluß der nun schon seit 1. April er. sich hinziehenden, langwierigen Verhandlungen zu kommen. Den Verhandlungen in Nürnberg ging die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe in Würzburg voraus. Von dort kamen die Vertreter desselben mit dem Auftrag, nichts zu bewilligen. Nach dieser Instruktion war es schade um jede Minute, die dafür verfaßt wurde, weil dadurch die Verhandlungen von vornherein zwecklos erscheinen mußten. Das zeigte sich aber leider erst, nachdem man 2 Tage lang in unfruchtbare Beratungen sich mit den Arbeitgebervertretern eingelassen hatte. Bei den Beratungen über die einzelnen Abschnitte des Reichsvertrages, die in 11. „Tarif-Klassen“, auf großen Widerstand der Arbeitgeber. Die Forderung, bei Neuinstellung der Tarifklassen neben Berlin und Hamburg, noch weitere 20 Städte in die 1. Tarifklasse mit zu übernehmen, lehnten sie rundweg ab. Von einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Einstellungen und Entlassungen, wollten die Unternehmer überhaupt nichts wissen; nur bei Einstellungen in größerer Zahl, die sich durch Arbeitsmangel notwendig machen, soll der Arbeiterratschuss mitreden können. Den Standpunkt der grundsätzlichen Ablehnung der Forderungen gaben die Unternehmer später auf; sie erklärten sich bereit, höchstens bis zu 6 Tagen Ferien gewähren zu wollen. Der Anspruch soll aber erst beginnen nach jährlicher Beschäftigung in einem Betriebe. In diesem Jahre könne von Ferien überhaupt keine Rede mehr sein. Eine Verlängerung der Arbeitszeit in der 1. und 2. Tarifklasse auf 46, in der 3. und 4. auf 47 Stunden sehen die Arbeitgeber ebenfalls ablehnend gegenüber. Auf die Hinweis, daß in verschiedenen Städten diese und noch eine kürzere Arbeitszeit schon bestünde, wurde bemerkt, daß das nur auf gewaltsame Weise durch spartanische Umtriebe herbeigeführt wurde. (Ist dann nicht gleich D. S.) Die Regelung des Arbeitslohnes, so wie sie im Vertragsentwurf gefordert wird, fand, was nicht anders zu erwarten, ebenfalls nicht die Zustimmung der Arbeitgeber. Für die erste Tarifklasse sollte ein Durchschnittslohn festgesetzt werden für Facharbeiter 2,50 Mark, Facharbeiterinnen 1,80 Mark, Hilfsarbeiter 2,00 Mark, Hilfsarbeiterinnen 1,40 Mark, in den anderen 5 Klassen mit entsprechender Abstufung von 15 und 10 Proz. Als Mindestlohn wurde gefordert für die 1. Klasse: Facharbeiter 2,30 Mark, Facharbeiterinnen 1,70 Mark, Hilfsarbeiter 1,90 Mark, Hilfsarbeiterinnen 1,10 Mark, ebenfalls mit Abstufung in den übrigen Klassen. Eine Zeitzulage von 40 Proz. pro Stunde wurde ebenfalls abgelehnt. Auch in der Behälterfrage wollten die Arbeitgeber keine Zugeständnisse machen. Um der unerhörten Ausbeutung der Lehrlinge eineniegel vorzuzusetzen, wurde gefordert, die Behälterzeit von 4 auf 8 Jahre herabzusetzen und für das erste Jahr eine Entschädigung von 1/2 für das zweite 1/2, und für das dritte Jahr 1/3 des Durchschnittslohnes eines Facharbeiters zu bezahlen. Bei der Regelung der Aufgaben der Arbeiterausweise erklärten die Arbeitgeber erst die Verabschiedung des Gesetzes über die Betriebsärzte abwarten zu wollen. Nachdem so die Verhandlungen auf einen hohen Punkt angelangt waren und ernstlich zu scheitern drohten, wurde seitens des unparteiischen Vorsitzenden der Beschlüsse gemacht, die Frage der Arbeitszeitverlängerung einem Schiedsgericht durch das Reichsarbeitsamt zu unterwerfen, über die übrigen fälligen Punkte weiter zu verhandeln. Nach langen Einzelberatungen wurde dieser Vorschlag beiderseitig angenommen und die Verhandlungen fortgesetzt. Diese Verhandlungen mußten, nachdem wiederum fast 2 Tage lang hin und her geredet wurde, am Sonnabend den 12. Juli als endgültig geschlichtet abgeschlossen werden. Damit droht aber im deutschen Holzgewerbe auf den ganzen Linie ein Kampf auszubrechen, wie er noch niemals in diesem Gewerbe geführt worden ist.

Zum Konflikt im Deutschen Eisenbahner-Verband.

zu dem von dem Kollegen Karl Förster, M. d. B., veröffentlichten Artikel geben wir folgende Erklärung ab: Wir schließen uns den Ausführungen ebenfalls für unsere Verlonen an, weisen aber nochmals aufs nachdrücklichste die gegen den Zentralrat vorgebrachten Anschuldigungen zurück. Auch wir erwarten, daß eine in allerhöchster Zeit einzuberufende Generalversammlung Klärung in die ganze Sache bringen wird. Wir bedauern aufs tiefste, wenn solche vom Hauptvorstand veröffentlichte Artikel in der Öffentlichkeit den Anschein eines Konflikt im Deutschen Eisenbahnerverband zu erwecken geeignet sind. Wir erlauben aber die Öffentlichkeit, sich nicht durch solche Artikel einseitig beeinflussen zu lassen.

Paul Menck, Fritz Vormann,
Mitglieder des Zentralrates.

Verbotene Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten.

Gestern, Montag, wollten die Angestellten des Haupttelegraphenamts und des Postamts ein Versammlung in der Aula des „Sophien-Pavillons“, Weinmeisterstr. 10, abhalten. Stadtverordneter Genosse Kolemow wollte dort referieren über „Die politische Situation und die wirtschaftliche Lage der Beamten.“ Als die vielen Versammlungsteilnehmer erschienen, prangte ihnen aber im Tur an der schwarzen Tafel entgegen, daß die Versammlung nicht gestattet sei. Ein Postgeleitmann stand daneben und erklärte offiziell, aber sonst sehr höflich, daß er telegraphisch angewiesen sei, die Versammlung zu verhindern. Der Versammlungseinkommunikant hielt aber schon am Sonnabend die Versammlung im Postamt-Präsidenten angemeldet, er habe also der Anmeldepflicht genügt, nur bis zum Beginn der Versammlung war ihm noch keine schriftliche Erlaubnis zugegangen. Wer weiß, welche „Hindernismächte“ die Genehmigung verzögert haben? Würdet schließlich die „Sozialistische Regierung“, daß die Postbeamten usw. etwas

von Wahren Sozialismus erfahren und dann Vergleiche zwischen den Taten dieser Regierung und dem wirklichen Sozialismus anstellen?

Es findet nun am Mittwoch, den 16. Juli, abends 7 Uhr, eine Versammlung mit der gleichen Tagesordnung in den „Muffenbrunn“, Kaiser-Wilhelmstraße 36, für alle Post- und Telegraphenbeamten und Hilfskräfte im O. B. D.-Bezirk Berlin statt. Diese Versammlung ist polizeilich genehmigt. In derselben wird voraussichtlich auch das Mitglied der Nationalversammlung, Genosse Fritz Rubell sprechen.

Die Telegraphenarbeiter gegen Erzberger und Bauer.

Montag abend veranstaltete in den Sophienhöfen der Bund Deutscher Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker eine Versammlung, in welcher der Bundessekretär Valentin über das Thema „Der Reichsminister — die Reichsangehörigen und Reichsarbeiter“ referierte. Nach einer längeren Aussprache wurden einstimmig zwei Entschlüsse angenommen, denen wir folgen entnehmen: Die Versammelten haben mit Erstaunen aus dem Munde des Reichsfinanzministers erfahren, daß nach seiner Ansicht die Telegraphenarbeiter jetzt einen Lohn von 7500 M. jährlich beziehen. Sie protestieren ganz entschieden gegen diese Behauptung, die, gewollt oder ungewollt, eine große Täuschung der Bevölkerung bedeutet. Allerdings kann unter Umständen in Berlin ein Telegraphenarbeiter dieses Jahres-einkommen erzielen, wenn er nämlich nach zehnjähriger Tätigkeit das Höchstlohn erreicht und außerdem für Frau und sieben Kinder zu sorgen hat. Ein solcher Fall, der nur ganz vereinzelt sein kann, berechtigt den Reichsfinanzminister nicht zu einer solchen Verallgemeinerung, die geeignet ist, die Telegraphenarbeiter und Handwerker in den Verdacht zu bringen, übertriebene Forderungen zu stellen, ohne auf das Gemeinwohl Rücksicht zu nehmen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Versammelten erheben energisch Protest gegen die Auffassung des Ministerpräsidenten Bauer. Die unteren Beamten sind außerstande, für sich und ihre Familie in auskömmlicher Weise zu sorgen. Die untere Beamtenenschaft verlangt sofort die Genehmigung der seit Monaten schwebenden, vollauf berechtigten Forderungen. Die durch das B. L. V. bereitete Mittelung ist am allerwenigsten geeignet, beruhigend auf die untere Beamtenenschaft zu wirken. Weiter genährt wird diese Erregung durch die Forderung des preussischen Eisenbahnministers in der Landesversammlung, als ob bei einer Senkung der Bedarfsmittelpreise überhaupt eine Teuerungszulage werde gezahlt werden können. Demgegenüber betonen die Versammelten mit aller Entschiedenheit, daß es sich bei der geforderten Zahlung nicht so sehr um künftige Auszahlung als um die Deckung der notwendigen aufgenommenen Darlehen handelt. In dieser Hinsicht sind Reich und Staat mindestens moralische Schuldner der unteren Beamtenenschaft. Es müßte als unerhört bezeichnet werden, wenn sich die Reichsregierung der hierin liegenden Verpflichtung entziehen wollte.

Groß-Berlin.

Auf der Straßenbahn.

Es ist doch etwas anderes, wieder mit seiner gewohnten Linie fahren zu können, als entweder zu Fuß den oft weiten Weg nach der Arbeitstätte zurücklegen zu müssen oder einem Ersahlsverkehr sich anzuvertrauen, wie viele das während des 14tägigen Straßenbahnstreiks getan haben; dabei kam einem obendrein noch viel Geld weg. Viele Betriebe vergüteten ihrem Personal die Auslagen, aber viele nicht, und die Arbeiter und Angestellten mußten manche Mark aus ihrer Tasche zulegen.

Durch die dem Publikum erwachsenen Unannehmlichkeiten entstand vielfach ein harter Groll gegen die Straßenbahnen, der durch die bürgerliche Presse stark genährt wurde.

Die Aufnahme des Verkehrs vollzog sich langsam. Zunächst wurden die großen Verkehrslinien in Gang gebracht. Dann folgten die übrigen. Die Wagen sind fast besetzt. Es wird nicht lange dauern, so ist der alte Zustand wieder hergestellt. Eine Großstadt ohne Verkehr ist schon auf kurze Zeit kaum erträglich. Besonders hart hat unter den Verkehrsverhältnissen der letzten Zeit auch das Versammlungswesen gelitten. Gewerkschafts- und politische Versammlungen sowie Sitzungen wurden nur in den alleräußersten Fällen abgehalten, weil die Wege in Berlin reichlich weit sind und bei den schlechten Ernährungsverhältnissen weite Wege ohne Not dem Einzelnen nicht zuzumuten werden.

Viele sind heute wie von einem Alp befreit, da sie wieder die Straßenbahn benutzen können, und ahnen wieder auf, ihre wenn oft auch überfüllte Straßenbahn wieder benutzen zu können.

Der Hochschrei des Fregattentapitäns.

In der „Deutschen Tageszeitung“ pußt der Fregattentapitän W. Schnell das Publikum wie folgt gegen die Straßenbahnen auf. Er schreibt:

„Wenn man heutzutage noch über etwas klauen könnte, so wäre es darüber, daß sich das deutsche Volk ein so unerträgliches, verkehrsmäßig Beginnen, wie diesen in der Zeit schlimmster Not unternommenen Verkehrsstreik mit einer solchen Schwandgeduld gefallen läßt. In anderen Ländern würde das in seinen Lebensbelangen aufs schärfste bedrohte Publikum sich die Wälder längst aus ihren Versammlungen herausgeholt und zum Mindesten windelweich gedrückt haben. Vor allem die gelähmten Arbeiter: die kommunikativen Organe! Eine solche Selbsthilfe ist vom deutschen Publikum leider nicht zu erwarten. Es gibt aber etwas, woran man die gewissenlosen Geistes, wenigstens zum Teil, erheblich treffen kann: der Weltweil. Fort mit dem Trinkgeld! Obwohl man das Trinkgeldergeben jetzt, wo der Preis der Fahrkarte durch die dauernden Lohn-erhöhungen schon um 75 Proz. in die Höhe getrieben ist, einfach als großen Unfug bezeichnen kann, hat sich diese Unsitte doch aus alten Tagen niedriger Gehälter und wohlwollenden Verkehrsverhältnissen zwischen Publikum und Schaffnern in die Zeit der „Freiheit“ hinübergerettet. Aber wollen wir wirklich so „Apodiktisch“ sein, den Herren Straßenbahnkassierern unseren besonderen Dank für die unendliche Verlebrtheit, die Arbeitserleichterung, die Zeitvergebung, die Hungergefahr, die wir ihnen verbunden in Gestalt eines Trinkgeldes auszusprechen? Reint einen solchen Unfug wollen wir lieber nicht mitmachen.“

Keinen Pfennig Trinkgeld mehr diesen Verbrechern an der Volkswirtschaft! Ein wenig sollen sie doch auch die Folgen ihrer gewissenlosen Handlungsweise an eigenen Leid spüren!

Die Trügelstange wäre diesem Herrn das beste Erziehungs-mittel. Der Fregattentapitän sollte eigenhändig zuerst in den Straßenbahn-Publikum ist durch die Unbequemlichkeiten, die die Straßenbahnlose Zeit im Besonderen gehabt hat, gewiß nicht gut auf den Teil zu dieser Programmitteilung beigetragen, aber man darf auch den Straßenbahnern nicht verübeln, ihre Interessen auf die Linien notwendig erziehenden zu machen. Auf Trügelstange wollen die Straßenbahner überhaupt nicht angewiesen sein, haben sie im Januar 1919 und klar gezeigt, daß die Forderungen damals begründet. Auf das Trinkgeld des Herrn Fregattentapitäns Schnell pfeifen die Straßenbahner schon lange.

Lohnkampf im Milchgewerbe?

Die Zeitstelle Groß-Berlin steht vor einer neuen schweren Aufgabe. Die Milchzeuger und Händler erhielten außer dem festgesetzten Grundpreis nach Abrechnung der Unkosten eine bestimmte Verdienstspanne für ihre Erzeugnisse. Infolge der allgemeinen Preissteigerung sah sich die Zeitstelle vor einiger Zeit veranlaßt, den Milchpreis in Berlin erheblich heraufzusetzen. Jetzt kommen nun die Arbeiter und Angestellten der Meiereien mit Forderungen. Sie verlangen etwa 100 Prozent höhere Entlohnung als bisher, ferner die Einführung 42stündiger Arbeitszeit in der Woche.

Da die Meiereibesitzer infolge der Zwangswirtschaft nicht in der Lage sind, zu diesen Forderungen entscheidend Stellung zu nehmen, fand am Montag nachmittags eine Sitzung in der Zeitstelle Groß-Berlin statt, an der außer den Vertretern der Meiereien, auch Beauftragte des Transportarbeiter-Verbandes, des Bundes für Heizer und Maschinenisten und des Handlungsgewerksverbandes teilnahmen. Die Zeitstelle erklärte, daß diese Forderungen der Arbeiter und Angestellten nicht ohne weiteres bewilligt werden könnten, da sie den Stadtsäckel jährlich um etwa 20 Millionen belasten würden! Eine Bewilligung der Forderungen würde eine Verteuerung der Milch um 9 Pfennig pro Liter bedeuten. Es sei aber unmöglich, die Verbraucher abermals zu belasten, da man die Preisstellung gemacht habe, daß in zahllosen Milchgeschäften in Berlin Familien, die mehrere Kinder zur nähme von Voll- oder Ragermilch besitzen, nicht mehr das Quantum abnehmen. Die Stadt Berlin müßte also den Betrag aus ihrer Tasche decken.

Es sind Verhandlungen im Gange, die auf Aufhebung der Zwangswirtschaft hinauslaufen, sobald nur einigermaßen feste Einkünfte. Die Milchversorgung würde aber schweren Jahren entgegengehen.

Freie Hochschulgemeinde für Sekretarier. Der englische Kurkurs findet während der Ferien Mittwoch von 7—9 Uhr im

Schlößchen. Während der Ferien werden in Schlößchen die Spiele für Schulkinder abgehalten. Es wird vormittags 9—11 und nachmittags von 4—6 Uhr auf 4 Höfen gespielt. Hier werden täglich Ausflüge unternommen. Die Leitung liegt in den Händen hiesiger Lehrer. Auf den Spielplätzen wird durch den Termin rechtzeitig bekanntgegeben. Den Ausflüglern ist ein Prospekt in Form von Brot und Zeit usw. einen Lebensmittelausflug zugebilligt.

Lebensmittelausender.

Hennigsdorf. Mittwoch auf Abschnitt E 28 der Einfahrt hatte je 100 Gramm amerikanisches Schmalz bei Schulze, Sonntag Donnerstag auf den laufenden Abschnitt der Betharier Straße.

Aus den Organisationen.

Marlendorf. Mittwoch, den 16. d. M., abends 8 Uhr, alldeutscher Versammlung in der Aula, Kurfürstentor. Der Tagesordnung halber wird ein vollständiges Erscheinen gebeten. Reichl. Bezirk I. Morgen, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Beethoven-Versammlung Restaurant Klause, Köpenickerdamm, Diktionsstube.

Niederbarnim. Der Unterrichtskursus des Genossen Alfred Jahn über das sozialdemokratische Programm findet für alle Bezirke am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Café Bellevue, Schlößchen, Gammelsdorf, statt.

Tempelhof. Morgen, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Extra-Zusammenkunft in den bekannten Bezirkslokalen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielepp, Reichl. Bezirksamtes „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin, — Druck und Verlagsanstalt: „Freiheit“, m. b. H., Schulhausdamm 19.

In den nächsten Tagen erscheint:

Die

Münchener Tragödie

Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Nationalrepublik München.

Aus dem Inhalt haben wir hervor:

- Die Vorgeschichte der Münchener Tragödie. — Die Nationalrepublik. — Die Militarisierung Bayerns. — Die Erschießung der Geiseln. — Der weiße Terror. — Bilder aus den „Besetzungstagen“ Münchens. — Die Zahl der Todesopfer. — In den Gefängnissen. — Der Hochverratsprozeß gegen Ledeb. — Die Lehren der Tragödie.

Umfang 58 Seiten.

Preis 1.— Mark.

Bestellungen sind schon jetzt zu richten an die Verlagsgemeinschaft „Freiheit“, Abt. Buchhandlung, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19.

Bekanntmachung.

1. Es entfallen auf den Abschnitt 25 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin 100 Gramm amerikanisches Roggenmehl für 22 Pf. auf den Abschnitt 49
200 Gramm ausl. Weizenmehl für 1,45 M.
und auf den Abschnitt 55
200 Gramm Dillensäfte für 40 Pf.
Die Fabrikate sind von dem Lebensmittel-Verband Groß-Berlin außerhalb der von den Reichs- und Provinzialbehörden zugelassenen Mengen angekauft worden.
2. Unter Ausschluss nachträglicher Annahme sind die Anmeldungen von Dienstag, den 18. bis zum Donnerstag, den 17. Juli 1919 bei den Kleinhandlern abzugeben.
3. Die Kleinhandler haben die Anmeldebüchlein an den oben aufgeführten Nummern bei den Großhandlern am 18. Juli 1919 abzugeben.
4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 1. August 1919.
Registrierung
Abteilung für Nahrungsmittel.
Zeichen: 4500 R.

Sieben neue Nummer erschienen!

Der Sozialist.

(Früher Sozialistische Auslandspolizei).
Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift.
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheld.
Unter ständiger Mitwirkung von
H. Bloß, H. Haase, K. Kautsky,
A. Stein, H. Ströbel u. a.

Abonnements vierteljährlich 6.— M. Einzelnummer 60 Pf.
Bestellungen sind auszugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Speditionen der „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin N.W. 6, Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 19.

In den nachstehenden Speditionen werden sofort

Botenfrauen

- Berlin
Girschner, Eitschner Straße 22, Döring,
Steinmeyerstr. 23, Hackbarth, Michaelkirchpl. 2.
- Potsdam
Dopauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
- Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.
- Wilmerdorf
Denecke, Augustastraße 6c.
- Tempelhof
Bartsch, Werderstraße 31.

Wer unter günstigen Bedingungen

Läden, Büro-, Fabrik- oder Lagerräume mieten oder vermieten will wende sich an die Heimarscholle, Berlin C2, Burgstr. 27, Neben 6312

- Sollentstein oder, Drogerie Schönhäuser Tor E. Lottmannstr.
- Dauerwäsche wird aus- verkauft, verkleinert, preis- Reichensberger Str. 7, Prenzlauer Str. 13 am Alte- Fernsprechamt, Mt. 14.36.
- Spiralbohrer kauft Maxon, Löwen- Kupferleitungsdrähte, die höchsten Preise, Prenzlauer Str. 13 am Alte- Telefon Konigsstadt 200.
- Schallack und Lein- pfu sowie kauft E. Berlin, Wicelstr. Moabit 292.